

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gratisbeilagen:

„Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erhältlich täglich mit Ausnahme des Sonntags und Festtage. Preis pro Jahr 1,50 DM, monatlich 2,25 DM. Einzelhefte 10 Pf. — Anzeigenpreis: Die 10 gelassenen Zeilen ober dem Raum 10 Pf., Überschriften, Überschriften, Überschriften 5 Pf., Kellamerepreis: Die 5 gelassenen Zeilen ober dem Raum 10 Pf., Kellamerepreis: Die 5 gelassenen Zeilen ober dem Raum 10 Pf., Kellamerepreis: Die 5 gelassenen Zeilen ober dem Raum 10 Pf.

Verleger: ... Druck: ...

## Das christliche Zentrum als Scharfmacher!

### Die Lebensmittelwucherzölle mit Zentrumshilfe im Ausschuss beschlossen — Die barmherzigen Zentrums-Industriellen und die hungernden alten Lokomotivführer

(Eigene Drahtberichte.)

Berlin, 27. Juli.

Nach wie vor zitiert die Sozialdemokratie im Reichsbanner mit der Zentrumspartei zusammen, noch immer sieht sie mit ihr gemeinsam in der Preußenregierung. Wie dieser Koalitionsgenosse der Sozialdemokratie ausbleibt, dafür erhielten am Sonnabend die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter zwei treffende Belehrungen. Darüber wird uns von der kommunistischen Reichstagsfraktion berichtet.

Der 16. Ausschuss des Reichstages — der Ausschuss für beschiedene Gebiete — beschäftigte sich in seiner Sonnabend-Sitzung mit einer großen Anzahl Petitionen, welche die Not und Leiden der Bevölkerung der beschiedenen Gebiete behandelten. Unzählige sind die Leiden und Klagen, die ihre Ursache in der Besetzung haben. Jedoch, all diese berechtigten Klagen und Beschwerden finden nur sehr geringes Entgegenkommen von Seiten des Ministeriums für die beschiedenen Gebiete. Man hört immer „Geldmangel“ vor.

Wer aber nun glaubt, daß die berechtigten Forderungen der Beschädigten nur allein von der Regierungsbehörde labiiert werden, muß sich durch die Sitzung des 16. Ausschusses eines Besseren belehren lassen. Nicht minder wenn nicht noch härter, labiiert neben den Regierungsparteien, den Sozialdemokraten, Deutsche Volkspartei auch das „barmherzige“ Zentrum die Forderungen der Ruhrbeschädigten.

Dafür folgendes als Beweis: Eine große Anzahl pensionierter Lokomotivbeamter aus Rheinland wird durch die Franzosen ausgewiesen, weil man auf diesen Listen noch deren Namen vorgefunden hat. Diese Lokomotivbeamten bekommen während ihrer Ausweisung bloß ihre Pension, trotzdem ihnen die Ausweisung ungeheure Mehrausgaben verursacht. Diese Mehrausgaben wollen nun die alten Lokomotivbeamten ersetzt haben. Sie beantragen also beim 16. Ausschuss die Zahlung der Gebühren an sie, die auch den aktiven ausgewiesenen Lokomotivbeamten gezahlt wurden. Und dies mit Recht!

Der Zentrumsabgeordnete v. Guérard erhebt gegen die Zahlung der Gebühren scharfsten Protest.

Auf seine Anregung hin wird die Petition der pensionierten Lokomotivbeamten mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen die Stimmen der linken Parteien abgelehnt. Sie nun dem Hunger und dem Elend preisgegebenen pensionierten Lokomotivbeamten können sich bei den „barmherzigen“ Zentrumsabgeordneten für die Ablehnung ihrer Petition bedanken.

Am Sonnabend wurden im Handelspolitischen Ausschuss die Debatten über die Zollpositionen für sämtliche Getreidearten für Kartoffeln, Mehl, Teigwaren, Reis, Zucker und für alle Sämereien, Futtermittel und Gutfrüchte zu Ende geführt. Die gesamte Debatte wurde von den Kommunisten und von den linken bürgerlichen Parteien bestritten. Von der KPD sprachen die Genossen Hoerle, Bug und Rosenber. Die Regierungsparteien schwiegen, um die Durchpeitschung der Vorlage nicht aufzuhalten. Nur ein Zentrumsabgeordneter begründete die Kompromißvorschläge der Regierungsparteien. Bei der dann folgenden Abstimmung wurden alle Änderungsanträge der Kommunisten und anderen Parteien abgelehnt und die Zölle entsprechend der Regierungsvorlage bzw. des Kompromisses der Regierungsparteien von diesen beschlossen.

Weiter wurde in die Beratung des Antrages der Kompromißparteien eingetreten. Der die Regierung ermächtigen will, mit Zustimmung des Reichstages und eines Ausschusses des Reichstages ohne Zustimmung des Reichstagsplenums, die Zölle zu erhöhen und andere Waren mit Zöllen zu belegen. Das Innenministerium ließ durch einen Vertreter erklären, daß dieser Antrag keine Verfassungsänderung bedeute und daher auch keine Zweidrittelmehrheit des Reichstages für seine Annahme bedürfe. Genosse Rosenber trat dieser Auffassung entschieden entgegen. Er nannte es eine lahmschöne Logik, wenn

der Regierungsvertreter herrochebe, daß eine Verfassungsänderung nicht vorlege, weil nur ein Ministerium von der Ermächtigung betroffen werde. Es handelt sich um einen glatten Rechtsbruch, wenn man die Ansicht vertrete, der Antrag der Kompromißparteien sei nicht verfassungsändernd. Ähnlich äußerten sich Vertreter der Sozialdemokraten und Demokraten. Auch sie standen auf dem Standpunkt, daß eine Zweidrittelmehrheit für dieses neue Ermächtigungsgesetz erforderlich sei. Die Debatte über diese Frage wurde nicht zu Ende geführt.

Am Montag wird sich der Ausschuss mit den Positionen des Obstr. Garlens, Gemüse- und Handelszweckbauern beschäftigen. Die Ermächtigungstrage soll dann weiter debattiert werden.

## Zentrumsminister a. D. Giesberts gesteht den Zollwucher ein!

Berlin, 27. Juli.

In einem Artikel „Zur Agrarfrage“ in dem der ehemalige Zentrumsminister Giesberts das Zentrum gegen die Vorwürfe des Zollwuchers mit allerlei widergeholten Argumenten zu verteidigen sucht, muß er selbst folgende Tatsachen zugeben, die alle Anzreden über den Haufen werfen.

Er schreibt da: „Aber wie dem auch sei, sicherlich bringen die Agrarzölle in gewissem Umfang eine Vertiefung der Lebenshaltung, besonders jetzt, 1922, handelte es sich im wesentlichen darum, bestehende Zölle zu erhöhen. Heute stehen wir vor einer völligen Neueinführung... Die preis-treibende Wirkung bleibt dabei bestehen und zwar so, daß die Zollrückstellungen voll und vollständig im Preise zum Ausdruck kommen. Es muß ferner zugegeben werden, daß diese Belastung des Volkseinkommens in einer Zeit eintritt, wo auch noch andere Momente den Haushalt belasten, wie z. B. die Erhöhung der Mieten usw. Das alles kann durch aus nicht geleugnet werden und es ist erklärlich, daß auch weite Kreise der städtischen Zentrumswähler diese Dinge sehr empfinden und mit Recht eine erste Begründung für diese Politik verlangen. Diese Begründung zu geben, wird Aufgabe der sachlich eingestellten Kollegen aus dem Reichstage sein.“

Giesberts verkümmert die Arbeiter nach diesem Eingeständnis, das Schlagend beweist, daß das Zentrum bewußt die Folgen des Zollwuchers herbeiführt, darauf, daß damit zu rechnen sein wird, daß besonders seitens der lehnarbeitenden Bevölkerung ein Ausgleich für die Steuerungsquelle angestrebt werden muß. Zu gleicher Zeit händelten die Schwerindustriellen des Ruhrgebietes in Berlin mit der Reichsregierung, um Erhöhung der Arbeitszeit, Herabsetzung der Löhne und Unterstützung aus den Steuererträgen der Arbeiter durchzuführen. Während Herr Giesberts bekämpft, streben Döhrren und Klöckner außer den Zöllen nach einer noch ärgeren Verlesung der Arbeiterschaft. Die Zentrumsbegehre kann schlechterdings nicht überboten werden.

## Vom Tage

In der Sonnabend-Sitzung des Rechtsausschusses erklärten die Regierungsparteien, daß es nach den Szenen bei der ersten Lesung fraglich sei, ob das Gesetz überhaupt aus Landkommen werde.

In Polnisch-Oberschlesien ist mit dem Abtransport von 15.000 deutschen und in Deutsch-Oberschlesien von 10.000 polnischen Opfern begonnen worden. Diese Maßnahme ist ein Akt des zwischen Deutschland und Polen ausgebrochenen 3. Weltkrieges.

Nach der Statistik des Völkerbundes stehen zurzeit in Europa 6 Millionen Soldaten unter Waffen.

Die vom KPD, KPD und SPD in Chemnitz geplante gemeinsame Kundgebung gegen die Wucherzölle wurde in letzter Stunde bereinigt, da die SPD-Fraktion erklärte, sie könnten einer gemeinsamen Kundgebung unter keinen Umständen zustimmen, obwohl eine Betriebsratsversammlung diese Kampfmaßnahmen beschlossen hatte (!).

In Brüssel sind 15.000 Buchbinder, Buchdrucker und Gesetzer in den Streik getreten. Sie verlangen einen Lohnzuschlag von 25 Franken und acht bezahlte Ferientage.

## Die „Verfassungstreuen“ und die „Rote Hilfe“

oder: Wie steht die KPD zur Verfassung des Deutschen Reiches?

Von der Roten Hilfe wird uns geschrieben:

W.S.R. Der Bezirksvorstand Schlesiens der KPD hat sich vor einigen Tagen an das Reichsbanner „Schwarz-rot-gold“ und den „Roten Frontkämpferbund“ gewendet mit dem Ersuchen, den von uns geführten Kampf um die Verfassung zu unterstützen. Der „Rote Frontkämpferbund“ hat uns seine sofortige Unterstützung zugesagt und gewährt. Vom Reichsbanner „Schwarz-rot-gold“ dagegen erhielten wir eine glatte Absage mit der eigentümlichen Begründung, daß

1. das Reichsbanner den „Kampf“ um die Amnestie mit seinen Bundesbrüdern, der SPD, dem Zentrum und den Demokraten schon seit langem führe und
2. daß das Reichsbanner nicht unterstützen könne solche „Organisationen, die Gegner der Verfassung sind“.

Die Ablehnung der Unterstützung des Kampfes um die Amnestierung der proletarischen politischen Gefangenen und die famose Begründung dazu stellt einen ebenso kläglichen wie lächerlichen Versuch dar, sich vor den Verpflichtungen gegenüber den Opfern der Arbeiterbewegung und selbst den Mitgliedern der eigenen Organisation zu drücken.

Die Absage ist eine glatte Sabotage des Amnestiekampfes, die „Begründung“ ein demagogischer Trick, um diese Sabotage zu verschleiern. Das Reichsbanner, oder vielmehr seine schwarz-zentrierten, weiß-demokratischen und gelb-sozialdemokratischen Führer sagen nicht, worin ihr „Kampf“ um die Befreiung unserer eingekerkerten Brüder bisher bestanden hat. Das hätte ihnen auch verflucht schwer fallen. Und die Bemerkung, daß unsere Organisation, die KPD, nicht auf dem Boden der Reichsverfassung stehe, ist so läppisch, daß ein Blinder mit dem Kradschiff die wahren Absichten der schwarz-rot-goldenen Demagogen fühlen muß. Ein Beweis für diese an den Haaren herbeigezogene „Begründung“ fehlt gleichfalls, er wird auch beim heftigsten Bemühen (zum Zweck der weiteren Sabotage selbstverständlich!) nicht erbracht werden können.

Wenn die KPD eine Organisation wäre, die sich die Aufgabe gestellt hätte, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern, so könnten wir versucht sein, mit dem Reichsbanner darüber zu diskutieren, was diese Verfassung überhaupt ist und inwieweit sie einer Veränderung unterzogen werden muß und kann, soweit die monarchistische Reaktion überhaupt noch etwas von dieser Verfassung übrig gelassen hat. Aber wir sind keine Organisation, die Verfassungsänderungen anstrebt, sondern schlägt und reißt das, was wir sind: Die einzige Organisation in Deutschland, welche sich zum Ziele gesetzt hat, die Opfer der gesamten Arbeiterbewegung in jeder geeigneten Form zu unterstützen, die Massen der rechtlich und menschlich denkenden Volkskreise gegen die barbarischen Zustände in der deutschen „Rechtspflege“ zu mobilisieren. Wäre uns die Verfassung des Deutschen Reiches in diesem Kampfe eine brauchbare Waffe, so würden wir die ersten sein, die nicht nur dieser Verfassung heilige Schwüre leisten, sondern diejenigen, die diese Waffe rücksichtslos anwenden. Aber die Verfassung von Weimar zeigt sich bei näherer Betrachtung als das, was sie allen Sozialisten in der Vergangenheit gewesen ist und was sie auch den heutigen sozialdemokratischen Führern des Reichsbanners sein müßte, wenn sie noch Sozialisten wären. Die Verfassung ist das Spiegelbild der Klassenkräfte in der heutigen Klassengesellschaft, ist ein Machtmittel in der Hand der heute herrschenden Klasse, der Kapitalisten, d. h. der Großfinanziers, der Schlotbarone, und der Kräfte, die der monarchistischen Reaktion! Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, haben festgestellt, daß Verfassungen immer Mittel der herrschenden Klasse sind zur Unterdrückung, Entziehung und Ausbeutung der Millionnenmasse des werktätigen Volkes. Natürlich enthält jede Verfassung allgemeine platonische Zugeständnisse an „Demokratie“, an „Recht“, an „Freiheit“. Anders würde sie ja ihren Zweck, die Beherrschung der unterdrückten Klasse zu verschleiern, nicht erfüllen. Aber das brauchen die heutigen „Sozialisten“ nicht mehr zu wissen. Gefesselt durch ihre Koalitionspolitik mit den Vertretern der herrschenden Klasse sind sie ein Teil der kapitalistischen Staatsmaschinerie und müssen vor allen Erscheinungen, die ihnen un bequem sind, gewaltsam die Augen verschließen.

Wie die Geschichte der Sozialdemokratie in ihren ersten zwei Jahrzehnten, waren die vergangenen Jahre leidet der Schaffung der Weimarer Verfassung voll von Beweisen über die ununterbrochenen Verfallungsstadien durch die heutigen Väter der Verfassung selbst. Wie mit jeder gewöhnlichen Verfassung treibt die Geschichte auch mit der Weimarer ein blutig ironisches Spiel. Bedürfte es hierfür noch eines Beweises, so könnten wir einen Mann heranziehen, der auf



Bei den Kameraden des Reichsbanners sicherlich nicht im Geruch steht, ein Verfassungsgegner gewesen zu sein, sondern von ihnen gerade als Schirmherr und Schutzpatron der Verfassung des Deutschen Reiches seit 1919 gefeiert wird. Wir meinen Herrn Fritz Ebert. Er hat trotz der Weimarer Verfassung des öfteren Ausnahmegerichte eingesetzt gegen die hungernden rebellierenden Arbeitermassen; obwohl in der Verfassung, die mit ihm verfaßt ist, im 7. Abschnitt, „Die Rechtspflege“, im Artikel 105 die Worte stehen:

„Ausnahmegerichte sind unstatthaft!“

Mit Hilfe eines anderen berühmten gewordenen Paragraphen der Reichsverfassung (wer kennt nicht die Nummer 48!) hat er die ganze Verfassung außer Kraft gesetzt und die „Verfassungstreuen“ freuten sich, verfassungslos zu sein. Aber auf seinem Gebiete hat man von Seiten der reaktionären Klasse mit Hilfe aller ihrer treuen Anwälte mit der Verfassung ein eleganteres Spiel getrieben wie auf dem Gebiete der Justiz. Auch den Kameraden des Reichsbanners dürfte der Satz der Verfassung bekannt sein, der da lautet:

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich!“

Es bedarf keines weiteren Wortes, daß die heutige Klassenjustiz dieses Fundament der Reichsverfassung mit jeder ihrer Handlung und mit jedem Schandstück zertrümmert hat. Ausschließlich und mit Hilfe der Verfassung hat die Justiz gewütet gegen Angehörige der proletarischen Klasse und immer mit Hilfe derselben Verfassung geschickt die Angehörigen der beherrschenden Schichten, der Mord- und Gemeindefundamenten.

Aber das Reichsbanner, eine Organisation, die zu neun Zehnteln aus Proletariern besteht, wird getrennt diese Verfassung schützen. Die Leitung ist nicht gewillt, mit uns gemeinsam den Kampf um die Amnestie zu führen, weil wir Gegner dieser Verfassung sind.

Trotzdem freuen wir uns zu hören, daß wir im Reichsbanner bereits Bundesgenossen im Kampf um die Amnestie hatten. Nach ihrer Mitteilung ist ja dieser Kampf von ihnen schon geführt worden. Es ist aberaus bedauerlich, daß weder die Arbeiterklasse noch die in den Justizhäusern und Gefängnissen eingesperrten Gefangenen von diesem Kampf bisher noch nichts gemerkt haben. Im Gegenteil: breitere Arbeitermassen sind der Meinung, daß gerade führende Mitglieder des Reichsbanners mit besten Kräften dafür gefogt haben, Proletarier in die Gefängnisse zu bringen und sie darin bis zum letzten Tage festzuhalten. Uns ist z. B. Herr Göring bekannt, ein ehrenwertes Mitglied der SPD und, wie bekannt, der Führer des Reichsbanners Mitteldeutschlands. Durch die im Untersuchungsaußschuß des Preussischen Landtages festgestellten Tatsachen ist erwiesen, daß Herr Göring den mitteldeutschen Justizstand im Jahre 1921 provoziert hat zu dem Zweck, die um ihre Befreiung und ein besseres Leben kämpfenden Arbeitermassen blutig niederzuschlagen, um die Funktionen der USPD und KPD, und die mit ihnen sympathisierenden Funktionäre der Gewerkschaften in das Justizhaus bringen zu können. Bekannt ist auch, daß Herr Ministerpräsident Braun, ebenfalls ein ehrenwertes Mitglied der „Völkervereinigten“ Sozialdemokratie und, wie wir annehmen, ein ebenso ehrenwertes Mitglied des Reichsbanners, gelegentlich eines Freitages bei Herrn von Hindenburg sich eine Amnestie entgegengeschenkt hat. Wenn es den führenden Herrschern des Reichsbanners gelüftet, können wir diesen Speitzettel noch mit einigen weiteren hundert Beispielen ergänzen. Die Arbeiterklasse hat jedenfalls das Reichsbanner bisher ebensowenig wie die „republikanischen“ Parteien auf dem Kampfplatze gesehen. Wo und wann hat das Reichsbanner auch nur eine Demonstration mit der Forderung nach einer Amnestie durchgeführt? Wo und wann auch nur eine Resolution oder einen Antrag zu dieser Frage angenommen? Nirgends und nie hat das Reichsbanner mehr getan als nur den Schutz der Verfassung geschworen. Seine Führer haben stillschweigend zugefassen, wie seine eigenen Mitglieder von den Faschisten erschlagen wurden und halleluja dann geschwiegen, wenn diese Mordhandeln von Consul und Stahlhelm mit Hilfe derselben Reichsverfassung von der Klassenjustiz freigesprochen wurden!

Die Gausleitung des Reichsbanners mag allerdings nicht, die Amnestie überhaupt abzulehnen, weil sie die Stimme der ehrlichen Proletarier in ihren Reihen fürchtet. Aber sie sabotiert die Amnestie durch die Ablehnung einer aktiven Unterstützung unseres Kampfes. Ja, der Gauvorstand scheint in weiterer Unterstützung der politischen Gefangenen, die einer arbeitserheblichen monarchistischen Justizbürokratie zum Opfer gefallen sind, eine verfassungsfeindliche Handlung zu sehen.

Wir fragen deshalb den Gauvorstand des Reichsbanners:

1. Erklärt Ihr in der juristischen, moralischen und materiellen Unterstützung der proletarischen politischen Gefangenen eine verfassungsfeindliche Handlung?
2. Stellt die Unterstützung ihrer Familien eine solche dar?
3. Ist der Kampf um eine Vollamnestie, auch mit dem arbeitslosen Mittel eines Proteststreikes, eine verfassungsfeindliche Handlung?
4. Ist der Kampf gegen die Methoden des Strafvollzuges und die Klassenjustiz in Deutschland überhaupt eine verfassungsfeindliche Handlung?

Wir erwarten vom Reichsbanner und allen mit ihm sympathisierenden Organisationen eine klare Antwort auf diese konkreten Fragen. Wir bieten ihnen die Gelegenheit, den Beweis dazu zu liefern, daß sie mit uns gewillt sind, den gemeinsamen Kampf um das vertriebe Recht:

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich!“

zu liefern, und sind ehrlich gewillt, mit ihnen den Kampf um dieses Recht zu führen.

Wir sind überzeugt davon, daß dem Gauvorstand durch eine Diskussion über diese Fragen mit den ehrlichen und klassenbewußten Proletariern seiner Organisation die Antwort an uns erleichtert wird. Die Proletarier des Reichsbanners werden eine um so klarere Antwort auf unsere Fragen geben können, je mehr sie sich über die tatsächliche Lage unseres Kampfgebietes im Hinblick auf die ausstehenden monarchistischen Gefangen im Klaren haben. Entweder Kampf aller Ausgeburteten gegen diese Gefahren oder Kapitulation vor der Monarchie. Auf unsere ersten und heutigen Fragen will die Arbeiterklasse, wollen die proletarischen Gefangenen von den Führern des Reichsbanners keine demagogischen Räubereien, keine gelehrten Diffamationen über Verfassungsfragen hören, sondern eine knappe und klare Antwort: Ja oder nein! Ein Drittes gibt es nicht. Die Entscheidung liegt bei den Mitgliedern des Reichsbanners.

## Genosse Emil Eichhorn tot!

(Glauerer Drahtbericht.)

Berlin, 27. Juli.

Genosse Emil Eichhorn — einer der wenigen Alten aus der sozialdemokratischen Führerschaft, die dem Proletariat die Treue bis in den Tod bewahrt haben — ist gestern früh 8 Uhr im Krankenhaus gestorben.

Der Tod Emil Eichhorns kommt für alle, auch den nächsten Bekanntenkreis, ganz unerwartet. Noch Anfang dieses Monats konnten wir den unermüdeten und immer tätigen Genossen Eichhorn in den Reihen unserer Reichstagsaktion mit seinem großen und umfassenden Wissen bei der Arbeit sehen. Als ihn eine tödliche Krankheit vor etwa 2-3 Jahren auf lange Monate auf das Krankenlager warf, glaubte man, daß er sich nie mehr erheben würde. Doch bald stand er wieder in unseren Reihen und das Berliner revolutionäre Proletariat schickte ihn am 7. Dez. 1924 abernials in das Reichsparlament.

Emil Eichhorn wurde am 9. Oktober 1863 in Röhrdorf b. Chemnitz geboren. Unter dem Sozialistengesetz schloß er sich der damals verbotenen sozialdemokratischen Bewegung an und hatte in ihr hervorragenden Anteil an der illegalen Arbeit. Genosse Eichhorn ist nahezu 62 Jahre alt geworden. Von Beruf Metallarbeiter, stand er sowohl in der politischen wie gewerkschaftlichen Organisation stets in vorderster Front. 1893 wird er Redakteur an der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden und bald darauf Schriftleiter in der „Rannheimer Volksstimme“. 1901 schickt ihn die Mannheimer Arbeiterklasse in den bairischen Landtag und 1903 die Pommerner Arbeiterklasse in den Reichstag, dem er bis zu seinem Tode angehört. Genosse Eichhorn stand bereits in der alten Sozialdemokratie mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht usw. stets auf dem äußersten linken Flügel. Von der USPD wurde er am 9. November 1918 auf den Posten des Berliner Parteipräsidenten berufen. Während nur die Gesamtheit der SPD und USPD-Führerschaft auf Schritt und Tritt das Berliner revolutionäre Proletariat veraten und verkauft hat, bewahrte Emil Eichhorn der Revolution die Treue. Daher der unaußersichliche Haß und die Wut der Ebert und Scheidemann, die dann am 12. Januar 1919 die monarchistischen Weichzäpfen gegen das Berliner Parteipräsidium marschieren ließen, wobei es zu erbitterten Straßenkämpfen kam. Die republikanische Klassenjustiz verfolgte den Genossen Eichhorn bis zu seinem Tode. Das Verbrechen gegen ihn wurde seit 1919 bis heute nicht eingestrichelt und bei jeder Reichstagsauflösung mußte sich Emil Eichhorn durch die Flucht vor ihm drohenden Verhaftung entziehen. Neben Clara Zetkin und Josef Herfeld ist Emil Eichhorn der einzige von der ganz alten Garde der SPD. gewesen, die den Weg zum Kommunismus gefunden haben.

Die deutsche Arbeiterklasse, weit über die Reihen der kommunistischen Partei hinaus, wird den Genossen Eichhorn nicht vergessen! Er ist für sie der rote, revolutionäre Parteipräsident Berlins, der einzige, der nach den Novembertagen Einstufung erfuhr, der wußte, daß sein Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterklasse war. Auch Genosse Emil Eichhorn ist, nach den Worten Karl Marx, „eingeschrieben auf ewige Zeiten in dem großen Herzen der Arbeiterklasse“.

## Aus der Breslauer SPD.

### Hestige Auseinandersetzungen und Tumult in der Mitgliederberatsammlung

Mitgliederberatsammlungen der Breslauer SPD. vliegen nicht sonderlich beliebt zu sein. Immerhin waren die 150 Mitglieder, die Ende vergangener Woche in den Zentralballsaal erschienen waren, eine besondere Leistung der angeblich so großen Breslauer Liebe-Partei.

Aber es sollte ja auch nur über das Parteiprogramm debattiert werden. Für diese Dinge ist das Interesse in der geistig erstarren und theoretisch verblödeten SPD. natürlich gering. Trotzdem war die Diskussion für jeden Kenner der SPD. interessant, zeigte sie doch, wie groß die Gegensätze innerhalb der „einigen“ SPD. sind. Wir zitieren Teile aus dem Berichtsprotokoll der „Vollversammlung“, um weiteren Lesern einen Einblick in die Heftigkeit der Auseinandersetzung zu geben. Es heißt in der „Vollversammlung“:

„Zur Einleitung gab der Genosse Karl Bietsch eine kurze Ansprache auf den Heidelberger Parteitag, zu dem die Beratsammlung Stellung nehmen wird. Die Periode der Koalition sei zu Ende. Die Stellungnahme des Zentrums zur Zollfrage zwinge zur schärfsten Opposition. Im höchsten Konflikt werde man die Haltung der hiesigen Abgeordneten-Mehrheit nicht nur als politischen Fehler bezeichnen dürfen, wie es die „Vollversammlung“ getan hätte, sondern als Disziplinbruch.“

Nach Bietsch sprach ein Fritz Loewy, über den es in der „Vollversammlung“ heißt:

„Genosse Fritz Loewy begründete einen Antrag, der den Klassenkampfgedanken im Programm radikal formuliert und die Taktik der Partei durch ein Beibehalten von 1903 gegen die damaligen Reichstagsbeschlüsse festlegen will. Genosse Ludwig unterbrach die Rede.“

Zum Schluß sprach dann der bekannte Eckstein, der in der Vollversammlung des Zentrums den Vandalismus des Bolschewismus-Gedankens sieht. Die „Vollversammlung“ kürzt aus seinen Ausführungen folgendes:

„Am heutigen deutschen Staat hätte die Arbeiterklasse keinerlei Interesse. Der Reichswahlrat sei abzulehnen, die Reichsmarine abzuschaffen.“

Ein Antrag Ward auf Wiedereinführung des Wortes Klassenkampf in das Parteiprogramm wurde angenommen. Bei der Debatte über die Feier des Verfassungstages am 11. August kam es zu einem wilden Tumult, bei dem sich die beiden sich beschuldigen gegenseitig Schimpfwörter beworfen. Die Mitgliederberatsammlung wurde deshalb ohne Beschlußfassung über diesen Punkt geschlossen.

In der SPD. beginnt man über Taktik zu diskutieren. Und in dieser Partei, die seit Jahren praktische Regierungsarbeit geleistet hat, findet sich tatsächlich eine so theoretische Einseitigkeit über gegenwärtige Ereignisse und die Tendenzen, die vor Augen noch alle Schwärmer der Partei.

und Varnat, der Wels und Sellmann, der Seimert und Moske bediene, verfallen vöthlich einem beinahe hysterischen Geschrei. Zweifellos einem Schrei der Verzweiflung, denn sie sehen immer mehr ein, daß die Politik der Sozialdemokratie, obgleich sie von Millionen Werktätigen gestützt wurde, von Niederlage zu Niederlage führt. Während der eine Sozialdemokrat leinert die Interelle am heutigen Staat hat, spricht der andere vom freiesten Staat der Welt. Diese Befahrenheit ist ein Charakteristikum der Sozialdemokratie, an der sie unweigerlich zugrunde gehen muß. Oder wird der linke Eckstein mit seinen rabulanten Reden die Masse an der Stange halten? Wir wissen von den „Linken“, daß sie bei jeder Gelegenheit vor dem stärksten rechten Bruder zu Kreuze gezogen sind. Wo ist ein Kampfprogramm der Linken? Wo zeigen die „Linken“ den Arbeitern politische Tagesaufgaben auf? Wir haben noch nichts von diesen Dingen gesehen!

Mit linken Phrasen macht man keine Doppeltionspolitik!

## Reichswehrüberfall auf tschechische und deutsche Jung-Kommunisten

(Glauerer Drahtbericht.)

Birchberg, 27. Juli.

Anlässlich eines gestern auf der Schneefuppe von Teilen des tschechischen und deutschen Jugendverbandes veranstalteten Treffens kam es zu unerhörten Ausschreitungen von Reichswehrranggeheimen. Schon während der Nacht überfielen sie die herannahenden Gruppen der KJ. und räumten, geführt auf ihre ungeheure Uebermacht, die Jagden. Als die KJ. gestern früh von der Schneefuppe abmarschierte, wurde sie plötzlich von einer 100 Mann starken Reichswehrgruppe überfallen. Die auf die 20 tschechischen und deutschen Kommunisten, gänzlich wehrlos und überrollt, fast niemand der Jungkommunisten blieb unversehrt. Das außerordentlich Charakteristische dabei ist, daß die Reichswehr bei ihrem Überfall die deutsche Grenze überschritt und ins tschechische Gebiet einbrach. (Ein neuer Beweis für die internationale Einmütigkeit der Bourgeoisie gegen die Kommunisten. (Ueber das Treffen wird morgen noch ausführlicher berichtet.)

## Gewaltige Antikriegs-Rundgebungen

(Glauerer Drahtbericht.)

Chemnitz, 27. Juli.

Die Antikriegs-Rundgebungen des Bezirks Erzgebirge/Bogrand waren gewaltige Massenveranstaltungen. In der Rundgebung in Chemnitz beteiligten sich mehr als 20 000 Arbeiter. Es waren etwa die Hälfte mehr Teilnehmer als am Freitag bei den von der SPD. und dem USPD. einberufenen Rundgebungen. Die gestrige Rundgebung war die größte seit 1923. Im Bezirk waren die Rundgebungen nicht minder besucht. Die mächtigsten waren in Plauen und Zwickau.

## Immer neue Stilllegungen im Ruhrgebiet

Ein bürgerliches Berliner Montagblatt meldet:

Köln, 27. Juli.

Seche um Seche, Werk um Werk werden im Ruhrgebiet weicher stillgelegt. Die zum Bezugsverein gehörende Seche Zentoburgia in Holtshausen legt zum 1. September den Betrieb still. Bei der Seche Adolf von Hansemann die zur Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG. gehört, soll nur noch eine Schicht gefahren werden, wodurch tausend Mann überflüssig werden. Die Rheinischen Stahlwerke entlassen auf ihrer Seche Prosper II. und III. und Arenberg in Bostrop zum 15. August 180 Bergleute und 75 Beamte. Auch die zu den Rheinischen Stahlwerken gehörende Seche Bräcker in Kellinghausen wird 450 Bergleute entlassen.

Bei der Sinnesseche Vereinigte Welsheim in Bostrop werden 500 Mann arbeitslos. Der preussische Berginspektor II in Slabbeek am 1. August 250 Mann und am 15. August 350 Mann kündigen.

## 700 000

Unterschriften für die Vollamnestie!

wurden bis zum 24. Juli gesammelt. Die Teilergebnisse der Bezirke sind folgende:

Berlin-Brandenburg-Lausitz	174 000
Hamburg-Wasserlaute	65 000
Halle-Merseburg	55 000
Essen-Ruhrgebiet	45 000
Chemnitz-Erzgebirge	42 200
Württemberg	40 200
Düsseldorf-Niederrhein	30 900
Thüringen	23 000
Bannern	20 000
Baden	20 000
Dresden-Ostschlesien	14 600
Bremen	14 000
Magdeburg	17 700
Leipzig	13 700
Schlesien	13 000
Köln	13 000
Frankfurt a. M.	11 600
Hannover-Niederschlesien	8 100
Kassel	6 300
Mecklenburg	6 200
Wals	5 000
Ostpreußen	4 800
Pommern	3 800

Bereits erreichen sich die bürgerlichen Parteien zu der Drohung, selbst die armselige Scheinamnestie, die die Reichsregierung beabsichtigt, zu verhindern. Jetzt bieten Vertreter der Klassenjustiz, daß Ihr auch gegen ihren Willen eine proletarische Amnestie erzwungen werden!

Berührt den Kampf für die Vollamnestie!

In Bulgarien sind erneut zehn politische „Verbrecher“ zum Tode verurteilt worden. Demnach beginnt ein neuer Prozess gegen 400 Kommunisten und Bauern, wobei in 130 Fällen von Staatsanwalt L. P. des Strafe beantragt wird.



# Bulletin des X. Parteitages der KPD.

Nummer 11

Redaktion: Berlin SW 48  
Friedrichstr. 223 III.

Herausgeber: Zentrale der KPD.

## Die Politik der KPD.

### 6. Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Fortsetzung der Diskussion.

#### Pled, Zentrale:

Genossen, der Hauptvorwurf, den die Opposition gegen die von der Partei angewandte, aus der Situation heraus notwendige Politik erhebt, ist gegen die Politik gerichtet, die in Preußen zur Regierungsfrage angewandt worden ist. Wir hatten nun eher den Vorwurf erwartet, daß wir zu spät mit dieser Politik begonnen haben. Denn die Situation dazu zwang seit langem, ein derartiges Manöver anzuwenden, das wir erst jetzt am Ende angewandt haben. Aber wir haben nicht den Vorwurf erwartet, der jetzt von der Opposition erhoben worden ist, daß wir damit Koalitionspolitik treiben und in der Tat zur Duldung einer bürgerlichen Regierung übergehen könnten. Dieser Vorwurf ist nur möglich, weil die Genossen, die ihn erheben, von völlig falschen Voraussetzungen ausgehen.

Dieser Politik in der Preußenkrise ist zum Teil aus Unkenntnis, wie es draußen bei vielen Genossen der Fall ist, zum Teil aber auch aus Demagogie die Absicht unterstellt worden, wir wollten mit dem Volksblock eine Koalition eingeben oder die Weimarer Koalitionsregierung unterstützen, geben usw. Vorher wurde uns von der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, wir hätten mit den Deutschnationalen ein Bündnis geschlossen, weil wir gegen die Koalitionsregierung meistens gleichartig abstimmen.

Nun Genossen, weder das Eine noch das Andere ist der Fall. Daß solche Unterstellungen möglich sind, und vor allen Dingen — was das Bedauerliche ist — Glauben finden konnten, beweist allerdings, daß wir nicht ausreichend genug in den Arbeitermassen dargelegt haben, woher die Preußenkrise, wie die Regierungskrisen überhaupt kommen und worauf es bei Lösung dieser Regierungskrisen ankommt, daß wir — das ist das Wichtigste — nicht genügend die Arbeitermassen für diese Frage und ihre Lösung mobilisiert haben, ferner, daß wir vor allen Dingen nicht vermocht haben, den SPD-Schwinder zu entlarven, daß die SPD. dagegen die monarchistische Gefahr, gegen die Reaktion der Junker und Schwerindustriellen kämpft und daß wir nicht durch eine entsprechende Taktik in Preußen es vermocht haben, uns vom Rechtsblock so abzugrenzen, daß ein solcher Schwinder der SPD. von einer Koalitionspolitik mit den Deutschnationalen unmöglich wurde.

Wir haben zwar in unseren Misstrauensanträgen und Reden gegen die Braun-Severing-Regierung sehr deutlich gesagt, warum wir sie stützen wollten. Aber das blieb nur auf dem Papier, bei der Abstimmung stimmten wir mit den Deutschnationalen zusammen, und das trat als äußerlicher Vorgang bei den Massen in Erscheinung und ermöglichte es der SPD., diesen Schwinder von der Verabredung mit den Deutschnationalen zu treiben. Unser Verhalten hatte den Mangel, daß wir mit unseren Formulierungen, Anträgen und Reden eben nur unsere Meinung über die Regierung Braun-Severing ausdrückten. Wir hätten gleich im Januar die Sozialdemokratie stärker vor die Frage stellen müssen, die wir am Ende in unserer Erklärung vom 29. April an sie stellten, und zwar die Frage, ob sie einen Kampf um konkrete, im Bewußtsein der Massen lebendige Arbeiterforderungen führen wollte oder nicht, und diese Frage in Verbindung mit der Regierungskrise in Preußen dringen müssen.

Das ist der Mangel unserer Taktik in Preußen. Ein innerparteilicher Fehler ist, daß wir die Partei nicht rechtzeitig auf die Notwendigkeit einer solchen Politik vorbereitet haben und so nicht die Auffassung verhindert, daß wir eine Schwelung zur Koalitionspolitik mit dem Weimarer Block machen wollten.

Zu unserer angeblichen Koalition mit den Deutschnationalen, den angeblichen Verabredungen, mit denen die Bonzen der SPD. die Masse anschwanden, noch ein Wort. Wir haben selbstverständlich niemals irgendwelche Verabredungen mit den Deutschnationalen getroffen. Wenn sich einzelne Deutschnationale Abgeordnete an uns mit dem Erluchen wandten, wir sollten unsere Genossen zur Abstimmung zur Stelle haben, so ist eine solche Aufforderung ganz überflüssig; denn wenn es sich um Abstimmungen um unsere Anträge handelt, brauchen wir nicht erst die Aufforderung der Deutschnationalen, um unsere Genossen heranzuholen. Wenn sich bei unserer Kampfstellung gegen die arbeitgeberfeindliche Politik der Braun-Severing-Regierung bei den Abstimmungen eine gleichartige Stimmenabgabe mit den Deutschnationalen ergab, so ist das wiederum keine Verabredung, sondern eine zwar aus dem gleichen Ziel, aber aus verschiedenen Motiven herrührende Handlung. Leider haben unsere Genossen in den Betrieben nicht genügend verstanden, diesen Schwinder der SPD. von der Verabredung mit den Deutschnationalen zu entkräften, so daß die SPD. bei der Präsidentschaftswahl mit diesem Schwinder einen Erfolg erringen konnte.

Der unsere Erklärung zur Regierungskrise vom 29. April dieses Jahres liest, kann andererseits unmöglich zu der Auffassung kommen, wir wollten eine Regierung des Volksblocks unterstützen oder dulden. Wenn ich mehr Zeit hätte, würde ich die ganze Erklärung verlesen. Aber sie ist ja durch die Presse bekannt geworden. In der Erklärung wird inhaltlich eine scharfe Kampfstellung gegen die Braun-Severing-Regierung bezogen. Es werden bestimmte Forderungen aufgestellt, nicht nur der Kampf gegen die monarchistische Gefahr, sondern vor allem konkrete Arbeiterforderungen, so die Vollamneistie, die Sicherung des Achtundentages resp. Siebenstundentages, Befreiung der Hauszinssteuer, die Aufhebung der Kauterierung und Militarisierung der Schupo, das allgemeine Verbot der technischen Kothilfe, die Säuberung der Beamtenchaft von allen monarchistischen Elementen, die Beschlagnahme aller in Preußen vorhandenen dynastischen Vermögen und Ausweisung der Angehörigen deutscher Fürstenthümer. Und dann sagt die Erklärung:

„Die Kommunistische Partei ist entschlossen, mit allen Mitteln den proletarischen Klassenkampf gegen monarchistische Gefahr und weitere Verelendung zu fördern. Aus diesem Grunde würde die kommunistische Landtagsfraktion bereit sein, unter voller Wahrung ihrer grundsätzlichen Stellung zum bürgerlichen Staat und unter Aufrechterhaltung aller proletarischen Klassenforderungen, einer Regierung, die sich verpflichtet, die oben angeführten Minimalforderungen zu erfüllen, die Erst- und Zweitkategorie der Durchführungs- und Forderungen zu unterstützen.“

Die preussische Landtagsfraktion verlangt von der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien der Weimarer Koalition eine klare unzweideutige Stellungnahme zu diesen Forderungen.

Schweigel das Staatsministerium oder weicht es einer klaren unzweideutigen Stellungnahme aus, dann sieht die kommunistische Landtagsfraktion darin die Bestätigung, daß die bisher betriebene arbeitgeberfeindliche Politik in der Aera Hindenburg in verschärfter Form auch in Preußen fortgesetzt werden soll. Sie wird mit allen Mitteln und mit aller Kraft im Parlament wie außerhalb des Parlaments gegen eine solche Regierung, wie gegen jede Regierung von Klassenfeinden des Proletariats kämpfen und die Auflösung des Landtages erzwingen.“

Ich glaube, daß die Erklärung keinen Zweifel über die Absicht der Fraktion und der hinter ihr stehenden Zentrale läßt und daß es deshalb unmöglich sein müßte, in die Erklärung den Sinn hineinzulegen, der von der Opposition hineingelegt worden ist.

Wie kam es zu dieser Erklärung? Natürlich darf die Preußenkrise nicht isoliert von der Gesamtsituation betrachtet werden, sie hängt sogar sehr eng mit ihr zusammen. Aber in Preußen spielte sich die Krise auf die Frage der Auflösung und Neuwahl des Landtages zu, bei der die SPD. ihre Schwindselparole: Kampf des Volksblocks und der Demokratie gegen den Rechtsblock und die monarchistische Gefahr glaubte mit Erfolg anzuwenden zu können.

Sollten wir nun die SPD. in diesem Schwinder unterstützen? Nein, wir müssen auch in dieser Frage die SPD. zwingen, offen den Arbeitern zu zeigen, daß es nicht die KPD., sondern die SPD. ist, die den gemeinsamen Kampf der Arbeiterchaft um solche Forderungen hindert, die die KPD. aufstellt. Das haben wir zwar schon oft getan, aber hier stand eine konkrete Frage in der Preußenkrise vor der Arbeiterchaft. Sollten wir weiter gegen die Regierung stimmen und dadurch die Auflösung des Landtages herbeiführen, ohne vorher die SPD. zu einer klaren Beantwortung der gestellten Fragen gezwungen zu haben? Es handelt sich dabei nicht etwa um einen möglichen Stimmenverlust, sondern um die Lösung der Arbeiterchaft von der SPD. und die Gewinnung des Vertrauens breiter Arbeiterschichten für die KPD. Und deshalb war das Angebot nicht eine bedingungslose Zusage der Duldung der Regierung.

Die aufgestellten Forderungen waren Minimalforderungen, die jeder Arbeiter verstand und die durchführbar waren auch auf Grund der von der SPD. betriebenen Propaganda. Es wurde also die SPD. vor die Frage gestellt, ob sie sich selbst Lügen strafte wollte.

Nun, Genossen, hat je ein Kommunist geglaubt, die SPD. würde auf unser Angebot eingehen und daß wir dadurch genötigt wären, die Regierung sogar, wie Scholem sagt, monatlang zu unterstützen und ihr gar den Stuhl zu bewilligen? Sollte es solche Kommunisten geben, so müßten diese von der SPD. annehmen, daß sie zu kämpfen gewillt und fähig sei, daß sie eine Kampfgemeinschaft mit der KPD. einer Kampfgemeinschaft mit dem Volksblock vorzieht. Diese selben Genossen, die diese Kritik an unserem Vorgehen üben, machten Brandler den Vorwurf, daß er der SPD. unterstellt habe, daß sie gewillt und fähig sei, für die Interessen der Arbeiter den Kampf aufzunehmen. Aber die Genossen machen jetzt denselben Fehler, indem sie dem Angebot unterstellen, wir würden daraufhin zur Duldung einer Regierung kommen. Wir haben das von der SPD. nicht angenommen, sondern wußten, daß sie selbst wenn sie es aus demagogischen Gründen zum Schein wollte, nicht darauf eingehen würde.

Die SPD. ist eben eine bürgerliche Partei geworden und dem Kampf der Arbeiter abgeneigt. Aber die Arbeiter wissen das noch nicht alle, das muß ihnen eben noch immer wieder bewiesen werden, und das heißt die Massen von der SPD. lösen und die Einheitsfront des Proletariats vorbereiten. Und darum unser Angebot, das durchaus ernst gemeint war, dem aber nicht die Illusion zugrunde lag, die SPD. wäre fähig, darauf einzugehen. Wenn auch der SPD. Abgeordnete Heilmann zustimmende Äußerungen gemacht hat, so nur deshalb, weil die SPD. meinte, daß sie hier an ihrer verdammbaren Stelle getroffen wurde, wo sie zeigen mußte, ob hinter ihrem Gerbere der Wille zum Kampf oder zur Täuschung der Arbeiter stand.

Die Antwort der SPD. oder besser ihr Verhalten hat nun unsere Taktik des Angebotes glänzend gerechtfertigt. Wir haben die SPD. gezwungen den Arbeitern zu zeigen, daß ihr ganzes Gerbere vom Kampf gegen die monarchistische Gefahr, vom Kampf gegen Junker und Schwerindustrie nur eben Täuschung der Arbeiter ist. Ihr Führer Braun im Ministerium, als die SPD. hat den Arbeitern offen gezeigt, daß sie lieber eine Erweiterung der Regierung nach rechts vornimmt, als den Kampf um die Arbeiterforderungen gemeinsam mit der KPD. zu führen.

Genossen, das haben auch die Arbeiter in den Betrieben verstanden, leider einige unserer führenden Genossen noch nicht. Sie haben zwar keine besseren Vorschläge zur Lösung der Arbeiter von der SPD. in der Frage der Preußenkrise gemacht, sie bekämpfen aber unsere Taktik und haben damit indirekt die SPD. in ihrem Bestreben, die Arbeiter zu täuschen, unterstützt.

Der Parteitag wird aber erkennen, daß hier keine Bündnispolitik vorlag, sondern daß hier vorlag, die beste bolschewistische Methode zur Lösung der Arbeitermassen von der SPD. und Heranziehung der Massen für den revolutionären Kampf. Wir machen uns zum Vorwurf, daß wir nicht mit genügender Energie dieses Manöver in den Arbeitermassen vorbereitet haben, so daß schließlich der volle Erfolg dieses Manövers dadurch zum Teil verhindert worden ist, daß die Diskussions darüber in der eigenen Partei zu einer Zeit einsetzte, wo es darauf ankam, die stärksten Wirkungen damit auszulösen.

Auf die hypothetisch gestellte Frage, ob wir nicht, auch ohne jede Bedingung, durch Stimmenthaltung einer Regierung das Leben ermöglichen wollten, ist es ungewiss, ob wir es nicht, weil wir unsere Politik von der jeweiligen Situation abhängig machen müssen und von dem Grade, in dem es uns gelungen ist, draußen die Arbeitermassen für unsere Forderungen zu mobilisieren. Das sind die beiden entscheidenden Punkte und es läßt sich dafür kein für alle Zeit gültiges Rezept geben.

Genossen, die Opposition, die sich gegen unsere Politik

richtet, bildet sich ein, sie habe durch ihre Opposition die Duldung der Regierung verhindert. Das ist aber ein Trugschluß dieser Genossen. Welt unter Erfolg eintrat, weil die SPD. diesen bekannten Lieber ein Bündnis mit den Deutschnationalen als mit den Kommunisten gemeinsam kämpfen, und weil die SPD. so handelte, wie wir voraussetzen, deshalb kamen wir nicht dazu, eine solche Regierung zu dulden. Ich muß sagen, die ganze Opposition ist eine Opposition aus Angst und Besorgnis, daß bei dieser Taktik Enttäuschungen vorkommen könnten. Wenn wir aber davon unsere Politik abhängig machen sollten, ob bei der ungenügenden bolschewistischen Durchbildung unserer Genossen im Reich nicht auch schließlich Enttäuschungen vorkommen können, dann müßten wir es ausgeben, Politik zu machen unter Umständen zu schaffen, in denen das Proletariat die letzten Mittel zum Kampf gegen die Bourgeoisie ergreift. Die Genossen der Opposition gehen deshalb von falschen Voraussetzungen aus, weil sie die Aufgaben der Kommunisten in solcher Situation wie der gegenwärtigen verkennen, die wir als nicht-revolutionäre bezeichnen, weil sich das Proletariat nicht zu falschen läßt, sei es von der Scheinabstimmung oder von der SPD. In dieser Situation muß die stärkste Anwendung solcher Manöver verlangt werden. (Beifall)

(Wir haben die Ausführungen des Genossen Pled vollständig wörtlich nach dem Stenogramm wiedergegeben, um die frechen Fälschungen des „Vorwärts“ nachzuweisen. Die Redaktion.)

#### Müller, Erzgebirge-Vogtland:

Zunächst, Genossen, gegenüber allen Neugierigen und auch gegenüber den Genossen Meier, der sich besonders für unsere Bezirk interessiert, möchte ich voranstellen, daß der Bezirk Erzgebirge-Vogtland geschlossen zur Politik der Zentrale und der Kommintern steht. Wir unterstützen das besonders auf diesem Parteitag, einem Jahr nach dem Frankfurter Parteitag, das zum Ergebnis hat, daß alle die Freunde des Genossen Meier im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, im wichtigsten Bezirk Brandlers, und im einstigen Bezirk Brandlers, erledigt sind und daß die Mitgliedschaft mit uns zusammen alle Aufregungen macht, um die Überreste der alten Politik auszurotten. (Zuruf: Bravo!)

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen über die Ultras. Wir glauben als Delegation, daß man unter den Ultras. zwei Gruppen unterscheiden muß. Es ist die eine Gruppe da, die nicht nur antisowjetisch ist, sondern überhaupt anrüchlich. Nach dieser ultras. Gruppe gibt es zwei Arten von Menschewismus: in den großkapitalistischen Ländern den großbürgerlichen Menschewismus, in den halbkapitalistischen Ländern den kleinbürgerlichen, bürgerlichen Menschewismus. Die erste Art wird repräsentiert durch die deutsche Sozialdemokratie, die zweite Art, der Kleinbürgerliche Menschewismus, wird repräsentiert durch die KPD. und Lenin. Das sprechen die Genossen offen und brutal aus und sie begeben (Zuruf: Wer?) diese Schandung, dafür als Rechtfertigung dieser Linken Rosa Luxemburg heranzuziehen, als sei sie es, die den Kapitalismus in den kapitalistisch entwickelten Ländern vertritt. Unsere Antwort solchen Leuten gegenüber (Zuruf: Scholem: Wer ist denn das?) — das ist die Gruppe Boris und derjenigen, die mit ihm konzipieren — ist, daß gegen sie der Kampf mit allen Mitteln zulässig ist. Aber es ist noch eine andere Gruppe da, das ist die sogenannte linke Gruppe Scholem und Rosenbergs. Dazu das Folgende: Unsere Delegation hat das Programm dieser Gruppe gestern das erste Mal in den Ausführungen der Genossen Scholem und Rosenbergs zu hören bekommen. Die Ablehnung unserer Delegation dieser politischen Plattform war einmütig. Ein Teil von Genossen ging so weit, daß er die Vorzüge, die die Zentrale dieser Gruppe gegenüber macht und über die ich weiter nicht sprechen kann, ablehnen wollte und vielleicht dagegen stimmen werden. Freilich, die Delegation ist auch der Meinung, daß man das getan hat. Es ist unfinnig unserer Meinung nach und lächerlich, die Genossen Scholem und Rosenbergs in einen Topf zu werfen mit den Sozialdemokraten. Wir meinen auch, daß durch Zusammenarbeit mit diesen Genossen es möglich ist — wir wissen nicht, ob es auch stattdessen wird — diese Gruppe ideologisch zu überwinden, um so mehr, als sie erklärt hat, keine Fraktion bilden zu wollen. Das alles, Genossen, hindert uns aber nicht, auf die Gefährlichkeit der Genossen Plattform, besonders auf die Ausführungen des Genossen Rosenbergs, hinzuweisen. Was sagt Genosse Rosenbergs? Er sagte, es wird angestrebt die Revision des 5. Weltkongresses. Weiß Rosenbergs, was eine Revision des 5. Weltkongresses für den Bestand der Räterepublik bedeuten würde? (Zuruf: Ja.) Das hat er doch nur in bezug auf eine Sache gesagt! Das kann man nur in bezug auf eine Sache sagen, denn wenn die Komintern eine Sache macht, so durchdenkt sie die Konsequenzen nach allen Seiten.

Und man kann den 5. Weltkongress nicht in Deutschland revidieren, ohne ihn nicht auch zu gleicher Zeit in Rußland zu revidieren. Und das bedeutet den härtesten Angriff auf den Bestand des ersten Arbeiter- und Bauernrates. Es ist natürlich, daß wir das ablehnen, daß wir dagegen kämpfen werden. Natürlich ist es auch, daß die Delegation empört ist über solche Formulierungen und vielleicht in manchen Punkten den Vorschlägen der Zentrale nicht zustimmen wird. Ich sagte schon eingangs: unsere Stellung heiße nicht, daß wir die Politik über die Fehler, die gemacht sind, verschweigen würden. Wir verschweigen nicht, daß wir die Fehler des 5. Weltkongresses abgelehnt haben und glauben noch heute, daß wir es in dem einen Punkte, in dem wir sie ablehnten, mit Recht getan haben. Ich will nur 2 Stellen anführen, um unseren Standpunkt zu beweisen. In den Thesen heißt es:

„In einer Situation, wo unsere Partei das Bündnis an der Spitze zwischen einer Rechts- und einer sogenannten Linksregierung bildet, ist es durchaus zulässig, und unter bestimmten Verhältnissen sogar geboten, eine solche Koalitionspolitik zu befolgen, daß wir der „Linken“ Koalition gegen die Rechtskoalition die Existenz ermöglichen.“

Und in einem weiteren Absatz wird diese Taktik als Unterführungsangebot bezeichnet. In der Resolution der Erntebrot, die sich mit diesen Dingen befaßt, lautet der entscheidende Absatz:

„Was eine eventuelle Regierung der revolutionären Koalition anbetrifft, die an Stelle der Regierung treten kann, so erklären wir, ohne daß wir versprechen, sie







# Waldenburg

## Zur Trauerkundgebung im Stadiparlament

Waldenburg, 26. Juli.

Am Mittwoch, den 22. Juli, fand im Stadiparlament eine Trauerkundgebung für den vor kurzem in Berlin verstorbenen Oberbürgermeister Dr. Erdmann statt. Seit dem letzten Kommunalwahlkampf hatte es der Oberbürgermeister vorgezogen, die Stadt zu verlassen. Doch mit Hilfe der Sozialdemokraten wurde ihm weiter das Gehalt von 17.997 Mark jährlich bewilligt.

Die sozialdemokratische „Bergwacht“ ist entsetzt darüber, daß es die kommunistische Stadtkommissionen ablehnte, sich an dieser Trauerkundgebung zu beteiligen. Wie stehen nun einmal im Gegensatz zu den Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß man nicht einem Herrn (auch wenn er Oberbürgermeister ist) nachtrauern soll, der in seiner ganzen Amtstätigkeit nur die Kapitalisteninteressen vertreten hat. Alles was der Oberbürgermeister für die Stadt getan hatte, war seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit und unbedingte Notwendigkeit. Daß der Herr Oberbürgermeister wirklich nur die Interessen seiner Auftraggeber verwaltet hat, beweist das ungeheure Wohnungschaos in Waldenburg. Anstatt über die Kommunisten zu spotten, sollte die „Bergwacht“ eine wirkliche Kritik an den mangelhaften Wohnungs- und Lebensverhältnissen der Stadt Waldenburg üben.

Wir rufen der „Bergwacht“ weiter um solche „prohe“ Männer zu trauern. Die Arbeiter werden sich für eine solche Trauer schwer bedanken. Wir danken ebenfalls.

Die kommunistische Stadtkommissionenfraktion.  
J. U. Reibel.

**Wahlstein.** Arbeiter-Samariter-Kolonie. Die Kolonie stellt uns nachstehenden Bericht über ihre Tätigkeit im 2. Quartal zu. Transporte wurden 18 ausgeführt, Erste Hilfe wurde 73 Personen gewährt und war: Quetschungen 5, alte Wunden 13, Hautberührung 23, Hieb- und Stichwunden 4, Verstauchungen 12, Blutschwunden 1, innere Erkrankungen 13, Fremdkörper 2, Brandwunden 5, Sehnen- und Muskelzerrung 5. Davon waren 10 Betriebsunfälle; 3 auf der Fuchs-Grube, 6 im Konsumverein, 1 in einem Gastwirtschaftsbetrieb. Von den behandelten 73 Personen gehörten an: Knappschußverletzte 13, der allgemeinen Ortskrankenkasse 8, der Eisenbahnbetriebskrankenkasse 1. 51 der Behandelten gehörten keiner Krankenkasse an. Krankenpflege wurde 107 mal gewährt. Wachen angefordert wurden 15 und mit 60 Samaritern und 33 Samariterinnen gestellt. Freiwillige Spenden gingen ein: von Gastwirt Herrn Schade 5 M., vom Bezirksausschuß der Arbeiter-Radfahrer 3 M., worüber wir dankend quittieren. Weitere Spenden willkommen.

**Altwasser.** Durch ein Auto getötet. Als ein Lastauto der Bauhütte von der Charlottenbrunner Straße auf die Parkstraße einbiegen wollte, kam ihm der 15-jährige Volte auf einem Rade entgegen. Durch das plötzliche Erscheinen des Autos war Volte anscheinend überrascht, er kam zu Fall und wurde am Kopf von dem Hinterrad des Kraftwagens erfaßt. Volte war auf der Stelle tot. Er war Zeichenlehrer und wohnte in Ober-Altwasser. Die eingeleitete Untersuchung dürfte resultatlos verlaufen, da laut Aussagen von Augenzeugen der Kraftwagenführer zu auch der Radfahrer vorchristlich an der rechten Seite fuhr. Das Unglück ist anscheinend nur darauf zurückzuführen, daß der Radfahrer das Einbiegen des Kraftwagens zu spät beobachtet hatte und so aus der Fassung gebracht wurde.

**Wittersbach.** Ehrlich keit wird gesucht. Im Gasthaus „Zur Schützsbahn“ wurden aus einem Fremdenzimmer Federbetten gestohlen. Die Folge davon ist, daß der Besitzer einen neuen Haushälter und ein „eheliches“ Dienstmädchen sucht.

**Kunzendorf bei Neurode.** Unterschlagung. Der Beamte Postler von hier hat 5000 M. unterschlagen. Nach einer Revision der Kasse wurde Postler verhaftet. Die Häufigkeit von Unterschlagungen, Diebstählen und sonstigen Verbrechen, Geld in die Hände zu bekommen ohne Rücksicht auf das Strafgesetzbuch, beweisen, daß die bestehende Gesellschaftsordnung morsch und faul ist. Die Menschheit wird erst wieder gefunden, nachdem es der proletarischen Klasse gelungen sein wird, die Staatsgewalt in die Hände der Arbeiterklasse zu nehmen und nach und nach die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

**Nieder-Hermersdorf.** Der Sturm im Glase Wasser. Anlässlich der Verhandlungen über den Kauf eines Grundstücks, an dem neben der Gemeinde auch die Grube Glühilf-Friedenshoffnung interessiert war, gab der Führer der Bürgerlichen im Gemeindeparkament die Erklärung ab, daß der Bürgermeister sein einmal gegebenes Wort nicht gehalten habe. Als echter Ritter „ohne Furcht und Tadel“ verbatte Herr Klinkner den Herrn Siekmann. Die Angelegenheit wurde vor dem

Schlichtergericht ausgetragen. Nach einer langwierigen Verhandlung lautete das Urteil auf Freispruch. Also, so viel Värm um nichts. Die armen Steuerzahler, die durch ihre lauer vorstenden Grobchen die dem Staat verursachten Kosten tragen müssen.

**Waldenburg.** Es gibt noch echte Liebe. Kommt da ein ich die Grube nach Bad Salzbrunn zur Erholung und lernt bei irgendeiner Gelegenheit einen jungen Mann aus Waldenburg kennen. Dieser hat nichts Allgeres zu tun, als sich rasend in die holde Schöne zu verlieben. Als die Zeit des Aufschlusses seiner Angebeteten im Bade zu Ende war und sie abreisen wollte, beging der junge Mann Selbstmord. Er war sehr überreimt, daß sie für ihn ein weiteres Leben unmöglich sei. Zum Glück hat er mit unfauligen Werkzeugen gearbeitet, so daß Aussicht besteht, ihn der Mittwelt zu erhalten.

**Landeshut.** Gold. Der Gesellschaft, die in Rothenschau die Arsenik-Grube baut, ist das Mutunagsrecht in der Umgebung von Landeshut gegeben worden. Vor mehr als hundert Jahren wurde hier nicht bloß nach Arsenik und Kupfer, sondern auch nach Gold gegraben. Die Voruntersuchungen zeigten ein beständiges Ergebnis. Wie viele von den Hoffnungen in Erfüllung gehen werden, werden die kommenden Wochen und Monate zeigen. Die Bergleute selbst ist es schließlich gleich, ob sie Gold, Kupfer oder Arsenik graben, reich werden sie dabei nicht.

**Altwasser.** Nach Frankfurt zur Sportolympiade. Auch die hiesigen Arbeiterhortvereine werden auf der Arbeiter-Sportolympiade in Frankfurt vertreten sein. Der Arbeiterturnverein entsendet fünf und der Arbeiterathletenklub zwei Sportler. Zusammen befinden sich die Sportgenossen Wajelt u. Kitzky. Die Abfahrt ist am Donnerstag, den 23. Juli, erfolgt.

**Wittersbach.** Opfer der Zukunftsarbeit. Der am 14. Juli auf dem Eisenbahn durch ein herabstürzendes Stück Holz schwer verletzte Bauer B. ist im Knappschußlazarett gestorben. Der noch junge Bergmann war verheiratet und Vater von zwei Kindern.

**Wiltglerdorf.** Sprechstunden des Amtsvorsteher's sind auf den Vormittag von 9 bis 12 Uhr festgelegt. In dringenden Fällen ist er auch in seiner Privatwohnung, Dorfstraße 105, zu sprechen.

## Tiere oder Menschen

Ein lange Zeit arbeitslos gewesener Genosse erhielt beim Sachdemermeister Schulz in Wehlstein Arbeit als Flachweber. Der 15-jährige Jungarbeiter mußte den Sachdemern das Flachweberamt Meier hoch zutragen. Als er sich etwas verschauen wollte, schauzte ihn ein r der Gesellen an, er solle etwas schneller machen. Auf die Antwort des Genossen, er müsse etwas verschauen, schauzte ihn derselbe Geselle an: „Wenn du nicht sofort vom Bau kommst, haue ich dir ein Brett auf den Schädel.“

Der Genosse war gezwungen, den Bau zu verlassen. Er ging sofort zu Herrn Schulz, traf diesen aber nicht an. Seine Frau verurteilte aufs Schärfste die Handlungsweise des Gesellen. Er zeigte mehr soziales Verständnis als ihr Mann, der, als der Genosse Schadenersatz für den halben Tag verlangte, erklärte: „Ich haue dir gleich den Schadenersatz mit dem Knopfer um den Schädel.“

Herr Schulz kennt wohl nicht die Schutzbestimmungen für Jugendliche, da er dem Jugendgenossen 10 Stunden Arbeit zumutete. Wir raten Herrn Schulz, etwas vorsichtiger in seinen Ausführungen zu sein. Den Jungarbeitern aber rufen wir zu: Organisiert euch in der kommunistischen Jugend und kämpft gemeinsam mit uns gegen diese Zustände!

## Die Waldenburger Bauarbeiter für Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen und für Vollamnestie

Am 23. Juli im „Ferdinandshaus“ tagende Bauarbeiterversammlung nahm zur jetzigen Bauarbeiterbewegung im Reich Stellung und beschloß, pro Woche einen Ertragsbeitrag von 1,50 Mark zur Unterstützung der kämpfenden Kollegen zu erheben. Der Kollege Sternahl wurde mit 10 Stimmen zum Geschäftsführer gewählt. Nachfolgende vom Kollegen Sellig beantragte Entschleunigung wurde gegen eine Stimme angenommen.

Die am 23. Juli versammelten Kollegen des Baugewerksbundes, Zweigverein Waldenburg, begrüßen die von den Kollegen aus Halle, Chemnitz und Leipzig unternommenen Schritte zur Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Verbände in den Baugewerksbund und stellen sich auf den Standpunkt, daß diese Verhandlungen im Interesse der gesamten Bauarbeiter bald einen guten Ende geführt werden.

Das geschlossene Vorgehen der Bauunternehmer beweist am deutlichsten die Notwendigkeit der Einheitsfront der gesamten Bauarbeiter. Wir fordern vom Bundesrat, daß er sich auch auf den Standpunkt dieser Resolution stellt.

Admann wurde vom Kollegen Ernst nachfolgende Resolution zur Annahmefrage eingebracht. Die einstimmige Annahme fand:

„Die am 23. Juli versammelten Bauarbeiter erheben den schärfsten Protest gegen das Verhalten der Reichsregierung in der Amnestiefrage. Wenn die Regierung ihren letzten Amnestieentwurf durchbringen würde, so wäre das ein Skandal. Wir verlangen die Vollamnestie für alle proletarischen Gefangenen, die sich aus der Not heraus erhoben haben und von der Klassenlustig zu verzehret hohen Strafen verurteilt wurden.“

Es lebe die Vollamnestie aller proletarischen Gefangenen!

Mit der Annahme obiger Resolution haben die Waldenburger Bauproleten bewiesen, daß sie eingeschlossen haben, daß die Durchführung von Volkstaktischen die Einheit der Gewerkschaften und die Amnestie der politischen Gefangenen.“

## Aus der Provinz

### Ein unerhörter Polizeistandal in Freiburg

Am Sonnabend erschien auf unserer Redaktion der Bauerherr Herr Faerber aus Freiburg, wohnhaft an der Kreuzkirche, der uns folgendes berichtete:

Ich kam vorgestern abend mit dem Zuge von Waldenburg nach Freiburg. In Freiburg wollte ich übernachten. Ich wandte mich an einen Polizeibeamten um Auskunft, wo ich am besten mit meiner Frau und meinen zwei Kindern, die 3 und 5 Jahre alt sind, unterkommen könnte. Der Polizeibeamte schickte mich zum Gasthaus „Bär“. Hier sagte man mir jedoch, daß bereits alle Zimmer besetzt seien. Ich fragte darauf zu dem Polizeibeamten zurück, der mir sagte, Sie können im Hotel „Rathaus“ übernachten. Er brachte mich bis vor das Rathaus. Dort bekam ich plötzlich von diesem Beamten einen Schlag vor das Kinn. Meine Kinder und meine Frau lingen an zu schreien. Drei Beamte packten mich und schleppten mich auf die Polizeiwache. Hier wurde ich fürchterlich geschlagen und meine Frau und meine Kinder wurden mit mir in eine Zelle gesteckt. In der Zelle hörte ich, wie die Beamten dauernd sagten: „Wir brauchen keine Judenrepublik.“ Wir mußten zu 4 Mann bis zum andern Morgen in der Zelle stehen. Meine Kinder litten vor Hunger.

Um 7 Uhr wurde ich einem Kommissar zur Vernehmung vorgelöhrt, der mich ebenfalls dauernd schlug. Man verlangte von mir 6 Mark Übernachtungskosten. Gleichfalls sagte mir der Kommissar, daß ich eine Anklage wegen Ruhestörung bekommen würde. Meine Frau mußte tatsächlich die 6 Mark bezahlen. Nachdem ich „entlassen“ war, wandte ich mich an den Bürgermeister, dem ich den Sachverhalt erzählte. Der Bürgermeister erklärte mir, daß er dafür sorgen werde, daß die Anklage wegen Ruhestörung und Trunkenheit zurückgezogen werde, nachdem ich bemerkte, daß ich Mitglied des Kulturerbes bin und überhaupt keinen Alkohol zu mir nehme.

Die Angaben, die uns Herr Faerber machte, scheinen uns durchaus glaubwürdig, zumal er erklärte, daß seine Frau und er alles vor Gericht beenden würden. Trotzdem wir solche Prügelmaßnahmen der „republikanischen“ Polizei schon ungeschickte Male gesehen haben, müssen wir feststellen, daß der oben geschilderte Fall tatsächlich so ungeschicklich ist, daß eine Anklage schon am Platze wäre.

Wir fordern daher von den ausländischen Behörden eine sofortige Untersuchung dieser Angelegenheit. Wir fordern eine gebührende Bestrafung der „Schlagwütigen“ Beamten und ihre sofortige Dienstenthebung.

### Ein „christlicher“ und „moralischer“ Hauswirt

Polstrik bei Freiburg, 26. Juli.

Obigen Titel verdient mit Recht der Geschäftsführer der Drogerie Polstrik, Endergasse Nr. 8. Vor längerer Zeit glaubte dieser Herr, seinen 11 Mietern zur Unterstützung seines Konkurrenzkampfes mit einem andern Geschäftsherrn zumuten zu können, den Hauseingang zu sperren, weil er seinen Geschäftsräum vergrößern wollte. Über durch den eintägigen Protest aller Mieter beim Gemeinderatstand wurde erreicht, daß er sein Projekt nicht ausführen darf. Jetzt hat sich dieser Hauspacha einer wehrlosen Frau gegenüber solche Unerhörtheiten erlaubt, daß sie in der Weltlichteit anprangert werden müssen. Diese Frau wandte sich am Sonnabendabend an die Gattin des Geschäftsinhabers um Erlaubnis, den Schlüssel zur Wäschkammer, den sie auch erhielt. Als die Frau abends gegen 8 Uhr ihre Wäsche ausgerichtet hatte, erschien der Hauswirt wie ein Wildschweiner in der Wäschkammer und verlangte sofortige Räumung. Nach einer heftigen Auseinandersetzung nahm er der Frau den Schlüssel fort. Die Gemeinheit dieses Herrn ging aber noch weiter. Eine halbe Stunde später, als die Frau ein Bad in der Wäschkammer nahm und sich von innen ausgeriegelt hatte, wollte der „moralische“ Hauswirt die Tür von außen erschrecken und tatsächlich brückte er mit Gewalt die Tür ein. Zum Glück war es der Frau gerade noch möglich, sich ein Kleid überzuwerfen, um so einer peinlichen Situation

## Ein Oberrhinmännchen

Der Roman einer Illusion.

Von Otto Müller-Greif.

57

Je näher man diesem tiefblauen Streifen kam, desto breiter und flächiger wurde er. Es sah aus, als habe er eben noch am Horizonte gehängt und lege sich langsam nieder, um nunmehr an der Erde haften zu bleiben. Bewaffnete man indes das Auge mit einem Glase, so war bereits zu erkennen, daß die Fläche nicht ganz geglättet war, sondern markante Falten zeigte: ihre Bewegung, die Wellen. Ueber dieser großen Fläche aber zeigte sich ein starker Nebelschaden, den das Wasser wie einen großen unreinen Klee ausgeflogen zu haben schien.

Unterdessem kam der Zug der Rüste näher und fuhr so direkt auf sie zu, daß er nur noch von einem Birkenwäldchen getrennt blieb von dem Abhang und es den im Zuge sitzenden in der Tat so anmuten konnte, als fahre man geradenwegs in die See hinein. Im letzten Augenblick aber besam sich scheinbar das Zuglein noch auf eine Kurve und fuhr dann etwa einen Kilometer an dem Wäldchen und dem Abhang entlang. Dabei sah man vom Zuge aus durch die Bäume hindurch das Wasser. Die Schieferblau des vielen Wassers gab dem schwelenden Grün der Bäume einen gleichsam ehernen Hintergrund.

Als der Zug in die Endstation eingefahren und man am vorläufigen Ziel war, wünschte Rosa gleich nach dem Strande zu gehen, weil sie untagbar neugierig sei. Eise erfüllte ihr diesen Wunsch und ging mit ihr durch das sámale Birkenwäldchen, und nur standen sie vor einem hohen Abhang, den man erst hinabsteigen mußte, wenn man zum Strande wollte. Rosa hatte gar

das Meer jeden Augenblick davonlaufen. Und nun sah sie es vor sich. Sie bekam von diesem ihr gänzlich neuen Anblick noch keine bestimmten Empfindungen und es entschlüpfte ihr der Ausruf: „Ach, wenn ich das austrinken müßte!“ Eise lachte: „Da würdest Du heute nicht mehr fertig, auch wenn ich Dir jährlich viel helfen würde, mein Schidchen.“ Das war ihm jetzt unüberlegt entschlüpfte. Rosa, die sich sonst sehr darüber geärgert haben würde, hatte jetzt zu viel andere Gedanken, und so überlegte sie sich gar nicht, was er gesagt hatte. „Wir wollen hinunter“, rief sie begeistert. „Ich will das große Ding mal angreifen, das Meer will ich mal angreifen.“ Sie suchten einen Weg, der nicht ganz so steil war wie der Abhang, sonst den man übrigens nicht betreten durfte, weil es durch die Ristenpolizei streng bestraft wurde. Unten angekommen rief sich Rosa vom Arme Eises los und rannte bis ans Wasser. Dann blieb sie einige Minuten stehen, sah auf die sich heranwühlenden Wellen und sagte mit einer Stimme, als sei sie ein wenig ergriffen: „Das ist also das Meer! Ach, ich habe mir das anders vorgestellt; ach, das kann man sich erst gar nicht richtig vorstellen.“ Inzwischen war Eise herangekommen und erklärte ihr: „Gib einmal acht, wie die Wellen, in denen die Wellen wiederkehren, sich ständig verändern. Und stelle einmal Deinen Fuß hierher, wo jetzt die Welle gewesen ist, die nächste wird sicher nicht genau bis dahin kommen; entweder wird sie weiter schlagen oder nicht wieder bis an Deinen Fuß gelangen.“ Eise hatte recht. Die nächste Welle schlug viel weiter und obwohl Rosa floh, wurden ihre Beine fast bis an die Knie eingeweicht. Und während sie sich mit einem Tauchstunde abzutreiben versuchte, erklärte Eise weiter: „Siehst Du, das ist ein ewig unergründlicher Rhythmus den das Meer hat. Diese Beobachtung, auf die mich bei meinem ersten Aufenthalt am Meer einmal ein Freund aufmerksam machte, die gibt mir zu denken und in solchen Augenblicken sage

halb zugehört, denn sie entdeckte plötzlich keine merkwürdige Tiere, die auf dem Wasser schwammen und von den Wellen wild herumgeschleift wurden. Sie hatten nur den Kopf und anscheinend den halben Körper über dem Wasser, so daß sie von weitem wie ganz kleine schwimmende Seehunde aussahen. Schlag Rosa mit den Händen zusammen, so verschwanden sie blitzschnell unter dem Wasser, um nicht lange danach an einer anderen Stelle wieder aufzutauchen. Als sie Eise fragte, was das sei, wühte er nur, daß man sie „Taucher“ nenne.

Rosa war wieder kindlich froh, und da sie mit Eise allein zu sein schien, weil sie sich vom offiziellen Strandplatz entfernt hatten, konnte sie ihren Gefühlen freien Lauf lassen. Sie jauchzte und sang, immer an der Wassergrenze schaff dahingehend, wobei sie sehr oft vor den heranströmenden Wellen fliehen mußte, um nicht durchnäht zu werden. Eise ging ein Stück hinter ihr her; es machte ihm Spaß zu wissen, welche große Freude er ihr bereitet hatte.

Dann aber überkam sie eine andere Regung; sie spürte ein Bedürfnis nach einer Zärtlichkeit, ließ Eise herankommen, umarmte ihn und gestand: „Ich habe Dich sehr lieb, weil Du mir eine so große Freude gemacht hast, ich freue mich so sehr, daß ich es Dir gar nicht sagen kann. Ich hätte das sonst vielleicht in meinem ganzen Leben nicht gesehen, vielleicht wäre ich gestorben, ich das erlebt hätte. Komm, ich gebe Dir einen Kuß, damit ich das Meer ärgern muß, weil es von Dir keinen kriegt. Oder willst Du ihm auch einen geben? Du? Ach bin gar nicht auf das Meer eifersüchtig.“ Eise küßte Rosa leidenschaftlicher als sonst. Er hatte den Gedanken, dem Meer einen Kuß zu geben, broßig gefunden. Und in solchen Minuten kindlicher Gewann er sie manchmal lieber, trotz seiner sonstigen Abgewann seine Monotonie.



